

...mlung
abends 8 Uhr
...straße in Calw
N. d. R.
...ma:
...er Front
...tion".
...Restauration.
...Volksdienst
...Calw.
...terinnen
...ezirk Calw.
...beratswahl
...denen Ihr die
...ntwohl der Ge-
...richtigkeit auf dem
...S. P. D.
...erweckhaftig
...bedingung:
...!
...schneia" I
...bet!
...da
...t' ro mm,
...ht' komm,
...u,
...ht Bluff!
...elwer,
...Calwer!
...?
...aucha!
...luß.
...den du?
...heba,
...htliche l
...ll,
...schill!
...mial!
...Lieber,
...ieber!
...r Pofcht,
...t, Sport!
...reis'
...r Brück!
...tte, meine Aus-
...Fenster, und
...wird Ihnen die
...bei mir nicht
...n über Nr. 1.—
...onstigen Artikel,
...esten Eingänge!
...bedarfs schenke n
...h!
...thel.
...von Bethlehem
...amen ist! Wenn
...a in dieser schwe-
...ndern Welt ver-
...leuchten. Und
...s kommt, dann
...de ihre Freuden-
...Belt geliebt."
...dürfen, das all-
...mit. Er ist immer
...Gemütskranke,
...hien an unseren
...om. Allen möch-
...Sie soll ein be-
...sein, die in dem
...fröhlichen Mit-
...alles ist uns sehr
...mpfe u. Schube,
...jeder Art, Spiel-
...für Erwachene,
...uch Strickwolle.
...ilen sehr erleich-
...g und möglich
...Bethel b. Biele-
...er jemand lieber
...auch über jede
...gründen
...chwingh, P.
...aufgeben

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gemalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 285

Samstag, den 5. Dezember 1931

Jahrgang 104

Keine Einberufung des Reichstages

Die Sozialdemokraten erneut beim Reichskanzler — Erzwungener Burgfrieden über Weihnachten

U. Berlin, 5. Dez. Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich gestern abend mit dem Antrag der Kommunisten auf Reichstags-Einberufung. In der Sitzung, die etwa eine Viertelstunde dauerte, erklärte Staatssekretär Pinder, daß die Reichsregierung um Ablehnung des Antrages bitte. In der Abstimmung traten für den Antrag auf Reichstags-Einberufung nur die Kommunisten, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ein, während sich die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks der Stimme enthielten.

Die Stimmenthaltung der Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks im Aeltestenrat des Reichstags bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Reichstags-Einberufung ist auf die Ansicht dieser beiden Parteien zurückzuführen, daß die Frage der Reichstags-Einberufung erst nach Bekanntgabe der neuen Notverordnung spruchreif werde.

Die Sozialdemokraten erneut beim Reichskanzler.

Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt: „Die Abgeordneten Breitscheid, Grafmann, Herz und Hilferding erschienen am Freitag nachmittag nochmals beim Reichskanzler, um sich nach dem Stand der Arbeiten an der neuen Notverordnung zu erkundigen und dem Reichskanzler mitzuteilen, wie es innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion außerordentlich verstimmend wirkte, daß der Reichsregierung im Kampf gegen den faschistischen Terror die nötige Einheitlichkeit fehle. Sie machten darauf aufmerksam, daß gegenüber der Absicht der Reichsregierung auf gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung in weitesten Volkstreffen großes Mißtrauen besteht. Der Versuch, die Löhne weiter zu senken und die Lohnsenkung durch Eingriffe in das Tarifrecht in kürzester Frist zu ermöglichen, sowie der Abbau der Sozialversicherung würden nach wie vor auf entschiedensten Widerstand der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften stoßen. Der Reichskanzler legte die Absichten dar, von denen sich die Reichsregierung bei den neuen Notverordnungen leiten lasse, versicherte aber, daß über ihre Gestaltung in den Einzelheiten noch nichts Endgültiges feststeht.“

Die Besprechungen mit dem Reichskanzler haben, wie der „Vorwärts“ mitteilt, keine Klärung der politischen Gesamtlage gebracht. Eine solche werde erst eintreten, wenn der Inhalt der neuen Notverordnung bekannt sei. Mit dem Zusammentritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei für die zweite Hälfte der nächsten Woche zu rechnen.

Die geplante Preis- und Lohnsenkungsaktion

Preise und Löhne sollen gleichzeitig abgebaut werden

U. Berlin, 5. Dez. Berliner Blätter entnehmen einer dem Reichsfinanzminister nahestehenden Korrespondenz über die Pläne des Reichskabinetts, die sich auf die Preis- und Lohnsenkung beziehen, folgende Einzelheiten: „Die Preis- und Lohnsenkung auf den wichtigsten Gebieten soll gewährleistet werden durch einen direkten Eingriff bei Kohle, Eisen und Baustoffen. Bei der Kohle lasse sich ein solcher Eingriff sofort bewerkstelligen, beim Eisen und bei der Baustoffindustrie werde ebenfalls angenommen, daß es gelingen werde, hier sofort eine fühlbare Preis- und Lohnsenkung durchzuführen. Dabei sei man sich in Regierungskreisen auch darüber klar, daß überall diese Preis- und Lohnsenkung durchzuführen werden könne, daß insbesondere dort, wo bereits eine fühlbare Preis- und Lohnsenkung stattgefunden habe, zum Beispiel in der Textil- und Lederindustrie, nicht in der Weise vorgegangen werden könne, wie auf den Gebieten, wo heute noch eine zu große Preispanne vorhanden sei. Die Reichsregierung sei weiterhin entschlossen, den direkten Eingriff vorzunehmen oder vornehmen zu lassen auf dem Gebiete der Tarife der öffentlichen Unternehmungen. Auf der anderen Seite glaube man aber in Kreisen der Reichsregierung, daß ein solcher direkter Eingriff auch bei den Tarifgehaltern und Tariflöhnen vorgenommen werden müsse. Um aber auch hier durch eine schematische Anwendung der Notverordnung keine Härten aufkommen zu lassen, soll die Lohnsenkung prozentual abgefaßt werden. Dabei soll als Sicherung für die Arbeitnehmer eine unterste Grenze festgesetzt werden.“

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Verbilligung der Fleischpreise sind soweit gediehen, daß man bis zum 15. Dezember mit dem Inkrafttreten der Verbilligung rechnen kann. Im Vordergrund der Verhandlungen mit den Fachkreisen steht die Verbilligung von

Politischer Weihnachtstriede

Die Reichsregierung beabsichtigt, durch Maßnahmen in Fühlungnahme mit den Ländern dafür zu sorgen, daß während der Weihnachtszeit alle politischen Versammlungen und Kundgebungen unterbleiben. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß hierfür nicht zuletzt die von kommunistischer Seite betätigte Propaganda gegen die weihnachtlichen Gebräuche der Anlaß gewesen ist. Bekanntlich pflegten in früheren Jahren die Parteien selbst untereinander eine Art politischen Weihnachtstriedens zu vereinbaren, Demonstrationen, politische Reden, Aufzüge und Kundgebungen unterblieben um diese Zeit ohnehin. Da man offenbar in Kreisen der Reichsregierung angesichts der heutigen Radikalisierung der politischen Wählermassen solche Vereinbarungen für unmöglich hält, sollen Maßnahmen der Reichs- und der Landesregierungen die politische Weihnachtsruhe, die bis zum 6. Januar dauern soll, gewährleisten.

Gitter zur Lage.

Wie die „D.A.Z.“ aus London meldet, hat Adolf Hitler am Freitag in Berlin die Berichterstatter der englischen Zeitungen empfangen und ihnen Mitteilung darüber gemacht, wie er die Lage auffasse und wie er sich die Zukunft denke. Zunächst hat Hitler versichert, daß er selbstverständlich nach wie vor nur auf legalem Wege vorgehen werde. Es wäre ja, so sagte er, auch völlig sinnlos, etwas anderes zu versuchen und alles aufs Spiel zu setzen zu einem Zeitpunkt, wo der Enderfolg vor der Tür stünde. Er ging dann auf das „Böhmeier Dokument“ über und erklärte, in seiner Partei entscheide nur sein Wille allein. Niemand könne ihn verantwortlich machen für die privaten Daten seiner 700 000 Parteimitglieder. Dazu komme, daß in letzter Zeit immer mehr der Versuch gemacht werde, Provokateure in die Partei hinein zu lancieren. Hitler ging dann auf die Außenpolitik über und erklärte auf eine Zwischenfrage über den Ursprung des Krieges, daß weder er noch seine Partei hiermit irgend etwas zu tun hätten. Die Zukunft, nämlich das Verhältnis von Frankreich und Deutschland, hänge von Frankreich ab. Deutschland könne sich aber nicht auf politische Erpressung einlassen. Nach dem Kriege von 1870 sei Frankreich niedergebunden, aber doch nicht wehrlos gemacht worden. Mit erhobener Stimme erklärte Hitler: „Deutschland ist nicht Karthago und Frankreich ist nicht Rom.“

Tages-Spiegel

Die Einberufung des Reichstages wurde gestern im Aeltestenrat mit einer schwachen Mehrheit für die Reichsregierung abgelehnt.

Der Reichskanzler empfing gestern erneut die Führer der Sozialdemokratie. Eine Entscheidung dieser Partei ist erst nach Bekanntgabe der neuen Notverordnung zu erwarten.

Die Reichsregierung beabsichtigt, zwangsweise einen politischen Burgfrieden vom 20. Dezember bis 6. Januar durchzuführen, d. h. alle politischen Kundgebungen werden verboten.

In der kommenden Notverordnung wird eine gleichzeitige Inangriffnahme der Preis- und Lohnsenkung vorgesehen sein.

Die Zollschleue zwischen England und Frankreich nimmt schärfere Formen an, so daß sich der englische Handelsminister im Unterhaus zu einer Verwarnung Frankreichs veranlaßt sah.

Im amerikanischen Kongress werden in nächster Woche die Verhandlungen über die Dauer des Hooverjahres begginnen.

Wachsender Abmangel bei der Reichsbahn

Im Oktober 71,5 Millionen RM Mehrausgaben

U. Berlin, 5. Dez. Nach dem Bericht der Deutschen Reichsbahngesellschaft bestanden die durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage hervorgerufenen Hemmungen für den Reichsbahnverkehr unverändert fort. Beim Güterverkehr betrug der Rückgang gegen Oktober 1930 11,4 Prozent und gegenüber dem Oktober 1929 sogar 25 v. H. Der Personenverkehr nahm der Jahreszeit entsprechend weiter ab. Der Berufsverkehr blieb hinter dem Vormonat zurück. Der Ausflugs- und Wochenendverkehr war nur schwach.

Die Betriebseinnahmen stellten sich im Oktober auf insgesamt 395 758 000 RM, die Ausgaben betragen insgesamt 407 211 000 RM. Für Oktober ergibt sich somit eine Mehrausgabe von 71,5 Millionen RM. Die durch die Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben erhöhen sich damit für die ersten zehn Monate des Geschäftsjahres auf 306,1 Millionen RM. Der Personalstand betrug im Oktober einschl. der Zeit- und Anstaltsarbeiter 675 681 Köpfe.

Französische Drohung in der Tributfrage

Eine Gehrede Franklin Bouillon

U. Paris, 5. Dez. Der Abg. Franklin Bouillon hielt auf einer Versammlung der radikalen Vereinigung eine außenpolitische Rede, in deren Verlauf er auf die Notwendigkeit zur Bildung einer Einheitsfront zwischen Frankreich, Amerika und England hinwies, um Deutschland zu zwingen, seine Schulden zu bezahlen. Deutschland müsse gezwungen werden, eine Amortisationskasse zu gründen, die sich auf die Zolleingänge und Tabaksteuer stütze und die es ihm erlaube, auch in 10 oder 15 Jahren seine Schulden in Höhe von 210 Milliarden Franken zu bezahlen.

In Paris ist erneut der Plan ausgetauscht, auf der kommenden Tributkonferenz Deutschland zu einer Verwendung des sogenannten Fluchtkapitals für die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite, aber auch neuer Reparationen, zu veranlassen. Man will der Reichsbank die Handhabe geben, über einen Teil der deutschen Auslandsguthaben zu verfügen, und zwar in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Mark.

Moskau befürchtet neue Verwicklungen im Fernen Osten

U. Moskau (über Kowno), 5. Dez. In russischen amtlichen Kreisen will man nicht verheimlichen, daß die Ergebnisse der Pariser Beratungen des Völkerbundsrats „wenig dem Interesse des Friedens im Fernen Osten dienen“ und daß man jetzt weitere Ereignisse erwarten müsse, die unbedingt auch Rußland in Mitleidenschaft ziehen würden. Durch starken Einspruch der USA. und England sei es gelungen, die japanische Offensive gegen Kintjan zum Stillstand zu bringen. Das japanische Vorgehen in der Nordmandschurei sei aber nicht abgebrochen und in Paris lege man wenig Wert darauf, das japanische Vorgehen in der Mandschurei aufzuhalten. Es sei nun zu erwarten, daß sich Japan auf Kosten der Nordmandschurei schadlos halten werde. Die Arbeit des geplanten Untersuchungsanschlusses werde auf die militärischen Operationen Japans in der Umgebung der chinesischen Ostbahn keinen Einfluß haben.

Gesler über die Reichsreform

— Freiburg i. B., 4. Dez. Minister a. D. Gesler, der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reiches, sprach dieser Tage hier über die Reichsreform. Eine Reichsreform, so führte der Minister aus, müsse vor allem den Dualismus Preußens aufheben, die Zwergländer verschwinden lassen und die Souveränität von Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen garantieren. Möglichkeiten, biete der Entwurf der Länderkonferenz, wenn ihm eine Garantieklausel der Reservatrechte der süddeutschen Länder eingefügt werde. Die Frage, wann die Reichsreform in Angriff zu nehmen sei, beantwortete er, der Redner, persönlich dahin, daß der Freiherr von Stein seine große Verwaltungsreform in der tiefsten Notzeit Preußens gegen die größten Widerstände durchgeführt habe. Die deutsche Lage sei außerordentlich ernst, und wir wüßten heute noch nicht, zu welchen Staats- und Verwaltungsvereinfachungen wir im Frühjahr gezwungen seien. Der Redner glaubte nicht, daß die jetzt lebende Generation die ruhigen Zeiten vor dem Kriege wieder erleben werde. Auf sie zu warten mit der Reichsreform, sei nicht möglich.

Die Kriegsbeschädigten fordern

— II. Berlin, 4. Dez. Der Kriegsbeschädigtenauschuss des Reichstages beendete die Aussprache über die durch die letzten Notverordnungen geschaffene Rechtslage der Kriegsbeschädigten. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme einer Entschliessung, in der zum Ausdruck kommt, daß die Notverordnungen vom sozialpolitischen Standpunkt aus schwer vertretbare Veränderungen des Rechtszustandes auf dem Gebiet der Kriegsopterversorgung gebracht hätten. Obwohl es der Stand der Reichsfinanzen in Verbindung mit der Wirtschaftslage zurzeit ausschliesse, die schweren Einbrüche in das Rechtsgebiet der Reichsopterversorgung mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen, so sei es doch Pflicht, der Reichsregierung gegenüber auszusprechen, daß eine allmähliche Rückbildung der Versorgung auf den alten Rechtszustand unerlässlich erscheine und gleichzeitig mit einer etwa eintretenden Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Angriff genommen werden müsse.

Verbotene Hochrufe

Nachspiel zu einer Reichsbannerkundgebung. — II. Berlin, 4. Dez. Im Anschluß an eine Reichsbannerkundgebung war es in der Potsdamer Straße zu Zusammenballungen größerer Menschenmengen gekommen. Ein Ministerialrat des Reichspostministeriums hatte dabei, um die Polizeibeamten darauf aufmerksam zu machen, daß es sich hier um Anhänger der Regierung handelte, ein Hoch auf den preussischen Ministerpräsidenten Braun ausgebracht. Er wurde daraufhin auf Anweisung des Polizeimajors Levit festgenommen, zur Polizeiwache geführt und erst nach längeren Verhandlungen freigelassen. Polizeimajor Levit ist auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten an eine andere Dienststelle versetzt worden. Der preussische Innenminister hat sich vorbehalten, nach Abschluß der Untersuchung die Frage eines Disziplinarverfahrens gegen Major Levit zu prüfen, der sich bereits durch Teilnahme am Stahlhelmvolksbegehren bei seinen Vorgesetzten mißlieblich gemacht hat.

Zahlungstreik in Ostpreußen

— Königsberg, 4. Dez. Unter dem Schlagtruf „Der Kampf um die Scholle“ haben eine Reihe von Kreisführern der Landwirtschaftlichen Verbände in Ostpreußen Beschlüsse gefaßt, die in dem Willen gipfeln, Zahlungen, Steuern, Abgaben usw. nur insoweit zu leisten, als es „ohne Angreifen der Substanz“ geschehen kann. Wenn es sich zunächst nur um Einzelerechnungen handelte, so haben sich die Entschliessungen ähnlicher Art derart gehäuft, daß die Industrie- und Handelskammer sich gezwungen sieht, in Notwehr sich in Eingaben an die Reichs- und preussische Regierung zu wenden, um gegen den Zahlungstreik der ostpreussischen Landwirtschaft zu protestieren. Sie betont darin, daß die ostpreussische Landwirtschaft durch diese Maßnahme der gesamten Provinz einen schlechten Dienst erwiesen habe. Sie weist ferner darauf hin, daß eine übertriebene Schilderung der an sich schon hinreichend traurigen Lage Ostpreußens, eine Schilderung, die an der auch in anderen Teilen Deutschlands bestehenden Notlage vorübergeht, schwere Kreditkürzungen zur Folge habe, die zu allererst die Landwirtschaft am eigenen Leibe spüren werde.

Bestechungen im Russengeschäft

— Berlin, 4. Dez. Ein höchst eigenartiges Licht auf das Geschäftsgebaren der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin bei den großen Industrieaufträgen wird durch eine Verurteilung geworfen, die vor einem Berliner Schöffengericht stattfand. Der Kaufmann Sieberg, ein Schwager des weitberühmten Industriellen Wolff, war von dem Finanzamt wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe von 270 000 Mark bestraft worden. Dagegen hatte Sie erg Einspruch eingelegt.

Vor Gericht behauptete Sieberg nun, daß die angeblich hinterzogenen Gelder der Eisenhandelsfirma Otto Wolff-Röhl zu Bestechungszwecken im Russengeschäft abgeben hätten. Er hätte als Prokurist der Firma den Auftrag erhalten, sich bei der russischen Handelsvertretung um Aufträge zu bemühen. Das sei unter seinem Decknamen geschehen, da Otto Wolff selbst nicht für das Russengeschäft zugelassen worden sei. Die Beamten der russischen Handelsvertretung hätten die Zahlung von Provisionen zur Vorbedingung gemacht, die er ihnen auch über ein Amsterdamer Bankkonto seines Bruders zugeleitet habe. Sieberg nannte auch eine ganze Reihe von russischen Beamten mit Namen, die sich auf die Art hatten bestechen lassen. Ähnlich seien auch andere Firmen mit den Russen ins Geschäft gekommen.

Die polnischen Gefängnisse überfüllt

— II. Warschau, 4. Dez. Nach einer statistischen Zusammenstellung waren am 1. September dieses Jahres in den

etwa 300 polnischen Gefängnissen 33 917 Gefangene untergebracht. Im Vergleich zu 1928 ist die Zahl um 5000 gestiegen. Die Gefängnisse sollen bereits überfüllt sein. Das Anwachsen der Gefangenenzahl wird auf drei Gründe zurückgeführt: Einmal ist in den letzten Jahren die Zahl der politischen Gefangenen gestiegen; 2. können die zu Geldstrafen Verurteilten infolge der Wirtschaftskrise ihre Strafen nicht bezahlen und gehen daher ins Gefängnis und 3. haben sich die Diebstähle aus Not in der letzten Zeit sehr stark vermehrt.

Aussprache im Wiener Nationalrat

Keine Bündnisse ohne Deutschland

— Wien, 4. Dez. Im österreichischen Nationalrat wurde die allgemeine Aussprache über den Haushalts 1932 beendet. Der Finanzminister Weidenhofer erklärte, die Staatsentnahmen seien in den ersten zehn Monaten des Jahres um 11 v. H. zurückgegangen. Die Zahlen für 1932 seien noch niedriger veranschlagt worden. Die Lage sei also bedenklich. Auf das Gebiet der Währungspolitik übergehend, kündigte er an, daß Clearing-Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten in den nächsten Tagen fertiggestellt würden.

In der Aussprache selbst kam dann die große Politik zur Sprache. Der Vertreter der Sozialdemokraten, Abg. E. Leubogen, warf den Christlich-Sozialen vor, daß sie mit der französischen Hochfinanz zusammenhielten, die jeder anschlussfreundigen Regierung in den Arm falle. Einen Eintritt in die Regierung lehnte der Redner für seine Partei ab. Sollte die äußerste Not des Staates die Sozialdemokratie dazu zwingen, so würde sie Bedingungen stellen, unter denen sie sich zu einem solchen Opfer entschließen werde. Der laubbündlerische Redner, Abg. Tauschitz, erklärte, die europäische Frage könne nie gelöst werden, ohne daß sämtliche Deutschen in Mitteleuropa zusammengefaßt würden. „Wir müssen aus unserem engen Wirtschaftsgebiet heraus! Wir lassen mit uns über eine wirtschaftliche Zusammenfassung der Donauvölker reden. Aber nie kann Oesterreich einer Kombination zustimmen, oder einem Zusammenschluß von Staaten beitreten, in dem Deutschland nicht führend beteiligt wäre. Aus der Hoffnung auf die unbesiegbare Kraft des deutschen Volkes schöpfen wir unseren Willen zum Leben. Wir müssen mit der Vorstellung brechen, daß wir von der Gunst des Auslandes alles erwarten können. Wir glauben an die große Sendung der deutschen Nation in Europa. Aber sie wird sich erst dann voll und ganz auswirken können, wenn die Vereinigung aller Deutschen in einem Wirtschaftsgebiet vollzogen sein wird. Dieser Zusammenschluß ist unser politisches Endziel.“

Die amerikanische Wirtschaftskrise

Bis jetzt 6 200 000 Arbeitslose. — 11 Milliarden Lohnentgang jährlich.

— Newyork, 4. Dez. Der Halbmonatsbericht des amerikanischen Arbeiterverbandes besitzert die Zahl der Arbeitslosen jetzt auf 6 200 000. Der Lohnentgang entspricht einem Jahresbetrag von 11 Milliarden Dollar (45 Milliarden Nm.). Das Lohneinkommen ist um 32 Prozent unter jenem von 1929. Die Senkung der Lebenskosten ist dagegen nur 12 Prozent unter jenem von 1929. Der Lohnausfall für die Gesamtarbeiterschaft ist siebenmal so groß als der Verlust des amerikanischen Volkes durch alle Bankkrache, fünfzehnmal so groß als der Verlust durch alle Geschäftszusammenbrüche und zweimal so groß als der gesamte Außenhandel der Vereinigten Staaten. Die Einwirkung dieses Lohnentgangs auf die Gesamtwirtschaft muß dementsprechend gewaltig sein. Beim Kleinkauf in den Geschäften ist ein Rückgang von 17 Prozent jetzt schon wahrzunehmen.

Revolution in San Salvador

— II. Newyork, 4. Dez. Nach mexikanischen Meldungen ist in der mittelamerikanischen Provinz San Salvador eine Revolution ausgebrochen. In der Hauptstadt San Salvador sind bisher 20 Aufständische erschossen worden. Die in zwei Festungswerken nahe der Hauptstadt liegenden Regimenter haben den Präsidentenpalast unter Feuer genommen. In der ganzen Hauptstadt haben Unruhen stattgefunden.

Einiung zwischen Kanton und Nanking

— II. London, 4. Dez. Die Times melden aus Hongkong, daß die Gegensätze zwischen Kanton und der Nanking-Regierung beigelegt seien. Die Vertreter Kantons, die in der letzten Woche in Hongkong gewesen seien, seien nach Kanton zurückgekehrt. Es scheine Einstimmigkeit darüber zu herrschen, daß Präsident Tschiangkai-shek abdanken müsse.

Politische Kurzmeldungen

Nach Holland haben sich nunmehr auch Polen und die Türkei zu neuen Zöllen und Einfuhrbeschränkungen entschlossen. Polen plant eine Erhöhung der Einfuhrzölle bis zu 130 Prozent. — In französischen Regierungskreisen glaubt man nicht an wesentliche Abänderungen der englischen Zollbeschlüsse. — In Londoner Finanzkreisen wird der Verlust der Bank von Frankreich auf ihrem Fundkonto mit rund 2 Milliarden Franken veranschlagt. — Um eine engere und schnellere Zusammenarbeit in allen Finanz- und währungsrechtlichen Fragen zu ermöglichen, hat die deutsche Reichsbank einen Vertreter an die Federal Reserve Bank in Newyork entsandt. — Der Besuch des südslawischen Außenministers in Warschau wird in Polen anscheinend zur Erneuerung der bisher so wenig erfolgreichen Bemühungen um die Schaffung eines Wirtschaftsblocks der kleineren osteuropäischen Agrarstaaten benötigt. — Der thüringische Landtag hat mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschen die Notverordnungen abgelehnt. — Der thüringische Ministerpräsident kündigte eine Besoldungskürzung von 12 Prozent an. — Die Sowjetunion meldet für das Jahr 1932 einen starken Bedarf an ausländischen Ingenieuren an. Die russischen Stahlwerke haben bereits 330 deutsche Ingenieure und Techniker aufgefördert, nach Rußland zu kommen. — Der Untersuchungsausschuss für die Mandtschurei

soll nach dem Wunsche Deutschlands möglichst nur 3 Mitarbeiter umfassen. Sollte aber seitens des Völkerbundes ein größerer Ausschuss entsandt werden, würde auch ein deutscher Vertreter aufgestellt werden.

Deutscher Frachtdampfer im Sturm gesunken

— II. Stockholm, 4. Dez. Die „Svenska Dagbladet“ jöeben erfährt, befürchtet man, daß der deutsche Dampfer „Mildburg“ mit etwa 25 Mann Besatzung im Sturm untergegangen ist. Der 3000 Tonnen große Hamburger Dampfer, der sich mit einer Holzladung auf dem Wege von Finnland nach Deutschland befand, war bereits in der Nacht zum 29. November bei der Insel Deland gestrandet. Zwei schwedischen Bergungsdampfern glückte es nach langer Arbeit, die „Mildburg“ von der Untiefe wegzuziehen.

Zusammenstoß zweier Torpedoboote.

In Kiel stießen abends beim Torpedoschießen die Torpedoboote „Falke“ und „Albatros“ zusammen. Beide Boote, die geringe Beschädigungen davongetragen haben, sind in das Arsenal eingelaufen, um die Schäden ausbessern zu lassen. Personen sind nicht verletzt worden.

Kleine politische Nachrichten

Das neue Reichs-Städtebau-Gesetz. Der Wohnungsausschuss des Reichstages begann die Einzelberatung des Reichs-Städtebau-Gesetzes. Paragraph 1 wurde in folgender Fassung angenommen: Die geordnete Nutzung des Bodens wird auch im Geiste des Artikels 155 der Reichsverfassung nach den Erfordernissen des Gemeinwohls und der Wirtschaftlichkeit im Wege der Planung vorbereitet und sichergestellt. Planungen sind entsprechend dem Bedürfnis vorzunehmen. Sie können durch Aufstellung von Wirtschaftsplänen (Flächenaufteilungspläne, Nutzungspläne, Generalbauabauungspläne, Generalbauabauungspläne) und Bebauungsplänen (Fluchtlinien- und Bauflächenpläne) für bebauten wie für unbebauten Gelände erfolgen.

Politische Schlägerei in Hamburg. In Darmstadt kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, und politischen Gegnern zu einer Schlägerei. Vier Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche verletzt und mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Etwa 30 SA-Leute, die auf Fahrrädern von einer Übung in der Umgebung von Mettern heimkehrten, wurden von Reichsbannerleuten und Kommunisten überfallen, die mit Knüppeln und Latzen auf die Radfahrer einschlugen. Mehrere SA-Leute erlitten schwere Kopf- und Armverletzungen.

Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, Dr. Bernhard Grund, wurde einstimmig zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages gewählt.

Dr. Primmer will sich dem Verzicht stellen. Wie in Grazer Heimwehrkreisen verlautet, beabsichtigt Dr. Primmer, der Führer des Heimwehrbundes vom 18. September, der noch jetzt ehrenhalber Landesführer der steierischen Heimwehren ist, sich in den nächsten Tagen dem Landesgericht in Graz zu stellen.

Der englische Schatzkanzler zum Fall des Pfundes. Zum Fall des Pfundes erklärte der Schatzkanzler im Unterhaus, die Schwäche der englischen Währung sei in erster Linie auf Umstände im Ausland zurückzuführen, die außerhalb des Machtbereiches der englischen Regierung lägen. Dazu seien die großen jahreszeitlichen und sonstigen Zahlungen für Einfuhren getreten. Er sehe keinen Grund, die jüngsten Bewegungen des Pfundes mit Besorgnis zu verfolgen.

Aus aller Welt

Erpresserbriefe eines Geisteskranken

In Bestätigung einer Mitteilung der Münchener Polizei, daß der Angestellte einer Münchener Bank verhaftet worden sei, nachdem er an zwei Münchener Persönlichkeiten Erpresserbriefe gerichtet hatte, in denen unter Todesdrohung 15 000 Mark verlangt wurden mit dem Beifügen, daß das Geld für die Terrorgruppe einer radikalen Partei bestimmt sei, teilt der Völkische Beobachter mit, daß es sich bei dem Verhafteten um den stellw. Direktor Schuhmann der Münchener Niederlassung der Kommerz- und Privatbank handelt. Der Verhaftete hat, wie von der Leitung der Kommerz- und Privatbank mitgeteilt wird, nach Ansicht seiner Vorgesetzten offenbar in einem Anfall von Geisteskrankheit gehandelt.

Aus Gram über die Pfändung in den Tod

Als in Frankfurt a. M. ein Gerichtsvollzieher aus einer Wohnung in der Rudolfstraße Möbel abtransportieren lassen wollte, die wegen rückständiger Miete gepfändet worden waren, fand er die Wohnung vergeschlossen vor. Er ließ die Tür aufbrechen. Nachdem schon mit dem Abtragen der Möbel begonnen worden war, fand man in der Küche die beiden Wohnungsinhaber, eine 49jährige Frau und ihren 41jährigen Ehemann, auf einer Matratze liegend, tot auf. Sie hatten sich mit Zyanfalk vergiftet und den Giftbehälter geöffnet. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß der Gram über die Pfändung ihres letzten Eigentums die beiden Eheleute in den Tod getrieben hat.

Opfer der Wirtschaftskrise

Die Firma Henschel u. Sohn AG. Kassel, eine der größten Lokomotivfabriken Deutschlands, hat am Donnerstag beim Regierungspräsidenten in Kassel den Stilllegungsantrag gestellt und mitgeteilt, daß sie infolge der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sei, nach Ablauf der vierwöchentlichen gesetzlichen Sperrfrist den gesamten Betrieb am 31. Dezember 1931 stillzulegen. Bei Henschel und Sohn sind z. B. noch 1700 Arbeiter und 450 Angestellte im Betrieb tätig, so daß am 31. Dezember also 2100 Menschen Arbeit und Brot verlieren.

Vergewaltigungslück in Japan

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich nach einer Meldung aus Tokio infolge einer Explosion in Iwamijawa in Nordjapan. 20 Bergleute wurden getötet und zahlreiche schwer verletzt.

Wählerinnen und Wähler!

Laßt Euch ja nicht irre machen durch Flugblätter unserer Gegner. Deshalb

wählt Sozialdemokraten!

Aufruf zur Wahlbeteiligung

Bei der Bedeutung der Gemeinderatswahlen ist es Pflicht jedes Gewerbetreibenden, mit allen seinen Angehörigen zur Wahl zu gehen und den Kandidaten des vom Handels- und Gewerbeverein in die Wege geleiteten Bürger-Verbandes ihre Stimme zu geben. Der Gemeinde Wohl ist auch dein Wohl! Darum Handwerker sei erhaben über den Zank des Alltags! Schare dich um deine Führer, gib ihnen Vertrauen, erfülle am Wahltag deine Pflicht und wähle.

Geschäftsleute und Gewerbetreibende!

Wenn Ihr auf dem Rathaus einen Mann wollt, der volles Verständnis für die bedrängte wirtschaftliche Lage aller Gewerbetreibenden hat, dann

wählt August Meyle mit 3 Stimmen!

Viele Gewerbetreibende.

Siedler!

Unser Vorstand, der unsere Interessen im Gemeinderat bisher in anerkannt guter Weise vertreten hat, kommt diesmal zur Wahl. Wir haben das größte Interesse daran, auf dem Rathaus vertreten zu sein und geben deshalb dem bisherigen

Stadtrat Beigel 3 Stimmen!

Mehrere Siedler.

Sonntag, den 6. Dez.
Fußball-Wettspiele
 FC. Unterreichenbach I. - FV. Calw II.
 Beginn 1/3 Uhr
 Vorspiel Jugendmannschaften
 Sportplatz Calwerhof

Aufenthaltsraum für arbeitslose junge Männer

im Vereinshaus Andreazimmer geöffnet Montag bis Freitag
 Vormittags 9-12 Uhr
 Nachmittags 2-6 Uhr

Beginn: Montag, 7. Dezember. Bücher, Zeitschriften, Spiele liegen auf.

Sonder junge arbeitslose Mann ist willkommen.

Calw - Notküche

Unsere Speisenabnehmer werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß zur Entnahme von Mittagessen nur berechtigt ist, wer sich einen Ausweis gelöst hat.

Der Gutschein ist in der Polizeiwache zum Preis von 20 Pfg. erhältlich und bis spätestens 7 Uhr abends zu lösen, wenn an der Speisung am andern Tag teilgenommen werden will. Verspätet gekaufte Gutscheine können nicht eingelöst werden.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung im Küchenbetrieb erlauben wir, diese kurze Zwangsvorschrift beachten zu wollen.

Den 4. Dezember 1931.

Stadtpflege.

Sportplatz Altburg Sonntag, den 6. Dezember 31
Verbands-Pokalspiel
Teinach-Zavelstein
 gegen F. C. Altburg
 Beginn nachmittags 2¹⁵ Uhr.



Handel- und Gewerbetreibende

wählt

Carl Schmid

mit 3 Stimmen

Wähle die unpolitische Liste für Gewerbe und Landwirtschaft!

Sportler!

Nach wie vor werden für Eure Interessen auf dem Rathaus die auf dem sozialdemokratischen Wahlvorschlag stehenden Sportvereinsmitglieder eintreten:

Man, Beigel, Ulrich, Meyle.

Viele Sportler, die heute noch wissen, wie die S. P. D. - Fraktion stets für sie eingetreten ist.

Zu Weihnachten empfehle:

Gesangbücher
 Gebet- und Predigt-Bücher
 Neukirchner Abreiß-Kalender
 Losungsbüchlein
 Jugendschriften
 Bilderbücher
 Spiele, Krippen
 Einklebe- und Schreibalbum
 Koch- u. Kochrezept-Bücher
 feine Briefpapiere
 Füllfederhalter

C. Bub

Buchbinderel und Schreibwaren
 Salzgasse

Hühneraugen Hornhaut eingewachs. Nägel entfernt ohne Messer

J. Odermatt
 Bahnhofstr. 20, 1. St.

Wähle die unpolitische Liste für Gewerbe und Landwirtschaft!

Wählerinnen und Wähler der schaffenden Stände!

Mehr denn je ist es heute notwendig, unerschrockene Männer auf das Rathaus zu wählen, Männer, die erfüllt sind von Verantwortungsgesühl und Arbeitsfreudigkeit zum Besten der Stadt u. die aufgehen im Dienste der Allgemeinheit. Solche Männer finden Sie auf dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Deshalb wählt:

Man, Bruno mit 2 Stimmen
 Wegel, Ernst " 2 Stimmen
 Just, Erdmann " 2 Stimmen
 Heilemann, Franz " 2 Stimmen
 Graf, Leonhard " 2 Stimmen

Gehe jedes zur Wahl! Es lasse sich niemand abhalten! Gewählt wird von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Dafür sollte Geld vorhanden sein!

Eine Mark, für richtige Werbung ausgegeben, fließt in Ihr Unternehmen zurück. Es ist wichtig, daß Sie gerade jetzt immer wieder von Ihren Waren, von Ihrem Hause sprechen. Sie wollen auch nicht auf einen Kunden verzichten, umwerben Sie ihn frühzeitig durch die Anzeige im

Calwer Tagblatt

Sani Drops sind gut für Leber und Galle, für Magen, Darm und Blut.

„Ich war mit Sani Drops sehr zufrieden, war wie umgeschaffen und voll neuer Lebenskraft und voll Freude über seine durchgreifende Wirkung. (Zeugnis) Kurpackung RM. 3.20, Notpackung RM. 1.60.“

In den Apotheken Calw, Teinach, Liebenzell.

An die Wähler des Christlichen Volksdienstes!

Bersäumt am Sonntag die **Wahlpflicht** nicht und gebt **restlos** Eure Stimmen ab.

Christlicher Volksdienst.

Notruf!

Sportler wählen nicht Partei, aber ganz von Herzen - frei einen Mann, der mit viel Kraft jede Arbeit hat geschafft!

Der mehr hält, als er verspricht, stets im Dunkeln ist ein Licht; den die Bürger dann im Rat kennen sollen „an der Tat“!

Keiner, keine bleibt zu Haus, Euer Rau geht nicht leer aus!

Genossenschaftler!

Geht morgen mit Euren Angehörigen zur Wahl und

gebt Gen. Ulrich 3 Stimmen.

Mehrere Genossenschaftler.

Beamte

Wählt Vertreter in den Gemeinderat, die sich in dieser Eigenschaft schon seither bewährt haben und von denen Ihr wißt, daß sie sich auch restlos für Euer Interessen einsetzen. Sorgt dafür, daß sie bestimmt wieder in den Gemeinderat kommen.

Wählt daher die seitherigen Gemeinderatsmitglieder:

Karl Proß, Verwaltungs-Direktor
 Wilhelm Schiele, Lokomotivführer
 Theodor Beigel, Zollsekretär

mit je 3 Stimmen.

Mehrere Beamte

Weihnachtsgaben.

Für die wohlthätigen Anstalten des Landes insbesondere die Anstalt in Stammheim

sowie die Weihnachtsfeier der hiesigen Kinderschule werden auch dies Jahr Weihnachtsgaben freundlich erbeten und gerne entgegengenommen von den

En. Stadtkaufmännern I und II.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Hausjacken



Marlin

mit farbigem Schalkragen und mit Manschetten, mit Schnur eingetaut 9 75



Horsl

reinwollener Flauch, modelfarbig, mit kariertem Schalkragen und mit Manschetten 17 50



Ludwig

reine Wolle, mit farbigem Faconn oder Schalkragen, mit Manschetten 24 50

Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Unser deutsches Vaterland liegt in beispiellosem Kampfe um seinen Bestand. Tiefste Not ist überall eingekehrt. Sie hat auch die kleinste Zelle im Staatsgefüge, die Gemeindeverwaltung, nicht verschont.

Morgen haben die Wähler darüber zu entscheiden, ob die bürgerlichen Parteien maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der gemeindepolitischen Dinge haben sollen oder nicht. Die Zeiten, denen unsere Gemeinde entgegengeht, werden sehr ernst sein. Neuzerst schwierige, durch die Entwicklung bedingte Aufgaben harren der Lösung. Sie sind nur zu bewältigen, wenn charakterfeste Männer und auch Frauen,

die sich im Leben bewährt haben

maßgebend mitarbeiten. Dabei muß es ermöglicht werden, den richtigen Ausgleich zwischen der alten und der neuen Zeit zu finden.

Die vom Bürgerverband vorgeschlagenen Kandidaten haben den ernstesten und festesten Willen, die kommenden Aufgaben so zu lösen, wie es **das Wohl der Gemeinde und aller ihrer Einwohner** erheischt.

Sparsamkeit, Rechtschaffenheit und Uneigennützigkeit

müssen hierbei oberster Grundsatz sein.

Wer mit uns willens ist, unserem Gemeinwesen eine

gesunde und solide Weiterentwicklung

zu sichern, der wähle am kommenden Sonntag **nur Kandidaten**

des Bürgerverbandes!

Heraus zur Wahlversammlung!

Am Samstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr im Saalbau Weisk spricht in einer großen

öffentlichen Wahlversammlung Gen. Karl Schmid M. d. L.

über Staats- und Gemeindepolitik, wozu wir die gesamte werktätige Bevölkerung einladen.

Erscheint alle zahlreich.

Besonders laden wir ein die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und geben jedem ihrer Diskussionsredner 1/2 Stunde Redezeit. **Eintritt frei.**

Kommunistische Partei Ortsgruppe Calw



SCHENKEN?
Ja! Aber etwas von wirklichem Wert zum Beispiel ein Geschenk-Sparbuch oder, wenn ein Sparbuch schon besteht, einen Gutschein über eine Geschenkeinlage. Beides bereitet zusammen mit unserer hübschen Heimgarbkasse eine besondere Freude.

WÜRTEMBERGISCHE LANDESSPARKASSE

Wähle die unpolitische Liste für Gewerbe und Landwirtschaft

Schneeschuhverein Calw

Bei genügender Beteiligung findet zwisch. Weihnach- und Neuj. für Fortgeschr. (Mitglieder u. Nichtmitglieder) ein

Schikurs im Wassertal statt. Anmeldungen bis spät. 9. Dezember an C. Schleich.

Erstklassige Nagel-Pflege

Friseur Fröhlich Bahnhofstr. 46

Neuen blauen

Anzug

hat im Auftrag billig zu verkaufen
Schneidermeister Schöchinger

Wähle die unpolitische Liste für Gewerbe und Landwirtschaft

Heute Samstag, den 5. Dezember 1931 abends 8 Uhr im Bad. Hof in Calw sprechen

Gauleiter Kramer-Karlsruhe

über **Wer rettet uns, Brüning oder Hitler?**

und **Bürgermeister Durr-Stammheim**

über **Nationalsozialismus u. Gemeindepolitik**

Anschließend öffentliche Aussprache und Erwiderung auf die im Wahlkampf gegen die N. S. D. A. P. gemachten Angriffe.

Unkostenbeitrag 30%, Erwerbslose gegen Ausweis die Hälfte
N. S. D. A. P. Ortsgruppe Calw.

Achtung! Sportler! Vorsicht!

Läßt Euch nicht irre machen!!! Gebt dem, der Eure Sachen bisher in bewährter Weise vertreten hat, dem jetzigen

Stadtrat Weigel 3 Stimmen. Viele Sportler.

Mahnruf an die Sportler!

Wer hat bisher Eure Interessen auf dem Rathaus und in den Vereinen vertreten? Darum geschlossen zur Wahlurne und wählt nur diejenigen, die für unsere gute Sache eintreten.

Viele Sportler.

Backartikel

in ausgesucht guter Qualität und Preiswürdigkeit bei

K. Otto Vinçon, Telefon 171

Von der hiesigen Strickwarenfabrik kommt, wie alljährlich, ein

Posten Strickwaren

teilweise mit kleinen Fehlern, zu weit herabgesetzten Preisen, teilweise erheblich unter dem bisherigen Fabrikpreis, ab Montag, den 7. Dezember 1931, zum Verkauf.

Die Benützung dieser vorteilhaften Gelegenheit, gute und beste Strickwaren zu ungewöhnlich billigen Preisen zu erwerben, ist jedermann zu empfehlen.

Es kommen zum Verkauf bei: **Firma Friedrich Daur**
Firma Geschw. Kleemann
Firma Carl Reichert
Firma Heinrich Rühle

Herren-Westen, Herren-Pullover, Herren-Sweater, Herren-Bestover, Sportstrümpfe, Damen-Westen, Damen-Pullover, Damen-Bestover, Kinder-Westen, Kinder-Pullover, Mützen u. Shawls

Der Verkauf erfolgt nur gegen bar, ein Umtausch findet nicht statt.